



Putins Fünfte Kolonne

In der russischen Botschaft in Berlin und vor allem im Kreml-Büro von **Wladimir Putin** werden gestern die Korken von ein paar Fläschchen Krim-Sekt geknallt haben, als **Wolodymyr Selenskyj** vor dem Bundestag sprach. Interessant für Putin, vor wem der ukrainische Präsident nicht sprach. Die AfD-Fraktion, bis auf vier Mitglieder, fehlte ebenso wie das so genannte Bündnis von **Sahra Wagenknecht**.

Als fünfte Kolonne werden der Subversion verdächtige Gruppen bezeichnet, die insgeheim mit den Interessen einer äußeren feindlichen Macht sympathisieren und tatsächlich oder vermeintlich mit dieser kollaborieren.

Nun, von insgeheim kann keine Rede sein, sondern von einer offenen Zurschaustellung.

*„Wir lehnen es ab, einem Redner im Tarnanzug anzuhören. Selenskyjs Amtszeit ist abgelaufen. Er ist nur noch als Kriegs- und Bettelpräsident im Amt.“ Die Ukraine brauche jetzt „keinen Kriegspräsidenten“, sie brauche „einen verhandlungsbereiten Friedenspräsidenten“, erklärt die **AfD**. Quelle: ZDF*

In einer Erklärung des **BSW** heißt es: *„Selenskyj trage aktuell dazu bei, eine hochgefährliche Eskalationsspirale zu befördern. Er nehme dabei das Risiko eines atomaren Konflikts mit verheerenden Konsequenzen für ganz Europa in Kauf. Zuletzt habe es aber „Signale aus Moskau zu einem Waffenstillstand entlang der jetzigen Frontlinie“ gegeben. Statt darauf einzugehen, gehe es in der „deutschen Ukraine-Debatte seit zwei Jahren ausschließlich darum, den ukrainischen Wünschen nach immer mehr Waffenlieferungen nachzukommen.“ Auf die Frage, wie realistisch Verhandlungen mit dem für den Krieg verantwortlichen russischen Präsidenten Wladimir Putin sind, geht das Papier nicht ein.“ Quelle: tagesschau*

Wenn man sich diese Erklärungen durchliest, darf die Frage erlaubt sein, ob AfD und BSW das Kernproblem überhaupt erkannt haben, das mit Putins Angriff auf die Ukraine deutlich wurde. Ist Putin von seinem Plan, die Ukraine zu unterjochen und seiner Traumwelt, der Wiederbelebung der Sowjetunion, abgerückt? Wohl kaum. Und sollte sein Vorhaben gelingen, wird er weitermachen. Zu den betroffenen Ländern könnten dann auch NATO-Staaten gehören.

Ja, die Amtszeit von Selenskyj ist abgelaufen. Und nun? Neuwahlen im Krieg? Auch in den widerrechtlich besetzten Gebieten? Selenskyj als „Kriegs- und Bettelpräsidenten“ zu bezeichnen, ist wirklich unverschämt. Er befindet sich in einem aufgezwungenen

Krieg und bittet um Hilfe. Diese bekommt er auch, weil die freie Welt nicht zulassen darf, dass die Ukraine fällt. Die Folgen wären für Europa verheerend. Frau Wagenknecht hat *„Signale aus Moskau zu einem Waffenstillstand entlang der jetzigen Frontlinie“* vernommen. Es liegt doch nicht an der Ukraine, diese vermeintlichen Signale zu überhören.

Eigentlich ist es doch ganz einfach: Putin unterlässt sofort die Angriffe auf die Ukraine, setzt sich an den Verhandlungstisch und sagt: *„So soll es bleiben, wir rücken nicht mehr vor, aber auch keinen Schritt zurück.“* **Rolf Mützenich** nennt das „Einfrieren“. Russland hat sich die Krim zurückgeholt und die Gebiete, die Russland so und so für mehr russisch als ukrainisch hält. Käme es so, was allein in Putins Hand liegt, würde niemand mehr die Ukraine unterstützen, wenn sie anfinge, die besetzten Gebiete zurückerobert zu wollen. Auf einen Schlag würde niemand mehr sterben, und Putin könnte auch seinen Fleischwolf abschalten, durch den er inzwischen tausende von jungen Russen gedreht hat.

Was soll Selenskyj anderes sagen, als dass er alle Gebiete zurückhaben will? Er weiß selbst, dass das ebenso wenig geschehen wird, wie eine finanzielle Beteiligung Russlands am Wiederaufbau seines Landes. Und er weiß auch, dass er den Krieg gegen Putin nicht gewinnen kann.

Nach einem von Putin angeordneten Waffenstillstand kann dann das in Gang gesetzt werden, was **Prof. Dr. Hajo Funke** schon im Juni 2023 in einer lesenswerten Abhandlung über den russischen Eroberungskrieg gegen die Ukraine geschrieben hat: *„Verhandeln ist der einzige Weg zum Frieden.“* Verhandelt werden kann aber erst dann, wenn Putin es zulässt.

Olaf Scholz hat einmal gesagt, dass für ihn ein „Diktatfrieden“ nicht in Frage käme. Die Festschreibung der jetzigen Kriegsgrenzen dürfte aber unausweichlich sein, diktiert von Russland. **Ursula von der Leyen** hat erklärt, dass die Zukunft der Ukraine in Europa liegt, mit der Mitgliedschaft in der EU und NATO. EU Ja, aber NATO? Davor würde ich heute warnen.

2008 hat **Angela Merkel** den Beitritt der Ukraine in die NATO verhindert. Was wäre, wenn, muss heute nicht mehr diskutiert werden. Wäre die Ukraine NATO-Mitglied, hätte sie Russland nicht angegriffen. Hätte die Ukraine ihre Atomwaffen nicht an Russland abgegeben, hätte Putin nicht angegriffen. Der Griff in die Mottenkiste der Geschichte hilft nicht weiter. Statt NATO-Beitritt sollte das demokratische Europa,



solange es noch existiert, der Ukraine Sicherheits- und Beistandsgarantien geben, die Putin daran hindern würden, den Krieg fortzusetzen. Bei möglichen Verhandlungen kann am Ende nur das Festschreiben der jetzigen Kriegslinie stehen und kein NATO-Beitritt der Ukraine. Alles andere wäre ein Ausflug in *Alices Wonderland*, womit natürlich nicht **Alice Weidel** gemeint ist, in deren Partei sich Faschisten wie **Bernd Höcke** (oder heißt er Björn?) tummeln dürfen, einer Partei, die selbst **Marine Le Pens** Rassemblement National zu rechts ist.

Mit der Festschreibung des Istzustands wäre natürlich dokumentiert, dass man durch einen völkerrechtswidrigen Krieg sein Staatsgebiet erweitern kann. Was für ein Erkenntnis nach tausenden von Jahren, in denen sich die Machthaber mit nichts anderem beschäftigten.

Am Rande einer Fernsehsendung bei tvBerlin entglitt mir im Gespräch mit **Hajo Funke** die Überlegung, dass man doch **Gerhard Schröder** nach Moskau schicken, der dann so lange mit Putin verhandeln sollte, bis eine sicherheitsratskompatible Lösung gefunden wurde. Oder: Warum reisen nicht **Emmanuel Macron** und **Olaf Scholz** nach Moskau und bleiben dort bis zu einer Lösung. Würde Putin sie nicht in den Kreml lassen? Ja, ich weiß, ich bin jetzt selbst ein bisschen auf dem Weg ins Wunderland.

Das erwähnte Buch von **Hajo Funke** ist derzeit nicht mehr verfügbar. Vielleicht entschließt sich der Autor zu einer aktualisierten Neuauflage. Was er im Juni 2023 schrieb, ist immer noch aktuell. Am Ende dieses Beitrags steht deshalb die Verlagsbeschreibung.

Folgen nach der Hölle von Bachmut die von Saporischschja und der Krim? Es ist überfällig, im Ukraine-Krieg den Weg der Verhandlungen zu beschreiben und nach einer politischen Lösung zu suchen. Und die Chance gibt es – mit China, Frankreich und ihren Kontakten zur ukrainischen und russischen Führung.

Angesichts eines Patts, das nun mehr als ein halbes Jahr währt, wird der Sinn rhetorisch beschworener Großoffensiven von seriösen Militärs in den Vereinigten Staaten, in China und in der Bundesrepublik zunehmend angezweifelt – auch von immer mehr Ukrainerinnen und Ukrainern. Hajo Funke hat diese Flugschrift in der Hoffnung geschrieben, damit argumentativ die reale Chance zu befördern, das Blutvergießen zu beenden. Er befasst sich mit der Vorgeschichte des Krieges und kommt zum Ergebnis, dass Chancen, ihn abzuwenden, ebenso wenig genutzt

wurden wie Möglichkeiten, ihn frühzeitig zu beenden. Angesichts der bevorstehenden Eskalationen sollten jetzt alle Kräfte darauf konzentriert werden, einen Waffenstillstand durchzusetzen, der in einen Verhandlungsprozess übergeht und mit dem Ziel geführt wird, die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen.



Vor dem Hintergrund weltweiter Spannungen in neuen Kalten Kriegen und sich verschärfender ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen braucht es die Kooperation, nicht die Konfrontation der Staatenwelt. An Hajo Funkes Rückblick der verpassenen Chancen wird klar, um was es heute geht: Noch einmal haben wir „eine Chance“ (Egon Bahr) zur Entspannung. Jetzt – vor den

nächsten blutigen Eskalationswellen und angesichts der Gefahr von Atomunfällen um Saporischschja oder gar des Einsatzes taktischer Nuklearwaffen.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Übrigens:

Bei der Europawahl wurde die AfD in Thüringen am Sonntag stärkste Kraft. 30,7 Prozent der Stimmen verbuchte die vom Verfassungsschutz in Thüringen als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestufte Partei. Bei den Stichwahlen um Landratsposten in Thüringen ist die AfD am Sonntag allerdings leer ausgegangen. In keinem der neun Landkreise, in denen AfD-Kandidaten den zweiten Wahlgang erreicht hatten, reichte es für einen Sieg. Süddeutsche Zeitung

Von den 1.695.667 Wahlberechtigten in Thüringen haben an der Europa-Wahl 1.049.392 teilgenommen (61,9%). 320.025 (30,7%) haben die AfD gewählt. Das heißt: 729.367 Thüringer, die an der Wahl teilgenommen haben, haben die AfD nicht gewählt und 1.375.642 aller Wahlberechtigten. Die Thüringer sind besser und demokratischer als ihr Ruf.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik